

Inhaltsübersicht

Einleitung	15
-------------------	-----------

Erster Teil

Allgemeine Entwicklung des UVP-Rechts seit 1985 im Überblick	25
---	-----------

A. Die UVP-Richtlinie und ihre Änderungsrichtlinien	26
B. Die Umsetzung der europäischen Vorgaben in Deutschland	41
C. Zusammenfassung zum ersten Teil	57

Zweiter Teil

Das Klima als Rechtsbegriff des UVP-Rechts: Die Entwicklung vom engen zum weiten Schutzgutverständnis	59
--	-----------

A. Vorüberlegungen zur Auslegung des Rechtsbegriffs „Klima“	59
B. Bedeutung des Rechtsbegriffs „Klima“ in der Ausgangsrichtlinie 85/337/ EWG.....	62
C. Der allgemeine Bedeutungsaufstieg des globalen Klimaschutzes nach Erlass der Ausgangsrichtlinie 85/337/EWG.....	66
D. Rückwirkung des allgemeinen Bedeutungsaufstiegs des globalen Klima- schutzes auf das Begriffsverständnis in der UVP-Richtlinie: Bedeutungs- wandel hin zum Schutzgut Globalklima im Reformprozess hin zur Ände- rungsrichtlinie 97/11/EG	86
E. Das Schutzgut im Spiegel der Rechtsprechung: Langjähriges Festhalten am engen Schutzgutverständnis durch Obergerichte und das Bundesverwal- tungsgericht	102
F. Die textliche Klarstellung und ihre Konsequenzen in der Literatur und Rechtsprechung	117
G. Zusammenfassung zum zweiten Teil.....	122

Dritter Teil

**Die Ermittlung und Beschreibung
von Treibhausgasemissionen im UVP-Bericht** 124

- A. Auswertung praktischer Beispiele zur Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen in UVP-Berichten 124
- B. Rechtliche Anforderungen an den Vorhabenträger zur Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen im UVP-Bericht 132
- C. Die Operationalisierung der Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen im UVP-Bericht durch das Scope-Modell 159
- D. Die Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen im UVP-Bericht unter Anwendung des Scope-Modells am Beispiel von Verkehrsvorhaben 176

Vierter Teil

**Die Einbeziehung der Treibhausgasemissionen eines Vorhabens
in die Zulassungs- und Genehmigungsentscheidung
durch das Berücksichtigungsgebot** 180

- A. Das Berücksichtigungsgebot als Verknüpfung der Umweltverträglichkeitsprüfung mit der Vorhabenzulassung 180
- B. Zur systematischen Einordnung des Berücksichtigungsgebots 184
- C. Relevanz des Berücksichtigungsgebots in der konkreten Vorhabenzulassung unter besonderer Berücksichtigung des Schutzguts Globalklima 193

Gesamtergebnis 200

- Literaturverzeichnis** 206
- Stichwortverzeichnis** 234

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
I. Problemaufriss	15
II. Untersuchungsgegenstand und Fragestellungen	17
III. Stand der Forschung	19
IV. Gang der Untersuchung	22
<i>Erster Teil</i>	
Allgemeine Entwicklung des UVP-Rechts seit 1985 im Überblick	25
A. Die UVP-Richtlinie und ihre Änderungsrichtlinien	26
I. Analyse der Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung durch die UVP-Richtlinie 85/337/EWG unter besonderer Beachtung des Grundkonzepts	27
II. Die Änderungsrichtlinien zur UVP-Richtlinie 85/337/EWG	33
III. Die UVP-Richtlinie 2011/92/EU und die Änderungsrichtlinie 2014/52/EU	38
B. Die Umsetzung der europäischen Vorgaben in Deutschland	41
I. Der status quo ante 1985: Nichtbestehen einer gesetzlichen Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung	42
II. Die Einführung einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung in das UVPG 1990	45
III. Die Umsetzung der Änderungsrichtlinien zur UVP-Richtlinie 85/337/EWG bzw. zur UVP-Richtlinie 2011/92/EU	49
1. Die Umsetzung der Änderungsrichtlinie 97/11/EG	51
2. Die Umsetzung der Änderungsrichtlinie 2003/35/EG	51
3. Die Umsetzung der Änderungsrichtlinie 2009/31/EG	52
4. Die Umsetzung der Änderungsrichtlinie 2014/52/EU	53
IV. Zu den Besonderheiten der Umsetzungen im Immissionsschutzrecht ..	55
C. Zusammenfassung zum ersten Teil	57
<i>Zweiter Teil</i>	
Das Klima als Rechtsbegriff des UVP-Rechts:	
Die Entwicklung vom engen zum weiten Schutzgutverständnis	59
A. Vorüberlegungen zur Auslegung des Rechtsbegriffs „Klima“	59

B. Bedeutung des Rechtsbegriffs „Klima“ in der Ausgangsrichtlinie 85/337/EWG	62
I. „Klima“ als Rechtsbegriff der Umweltverträglichkeitsprüfung	63
II. Keine textliche Präzisierung der geographischen Reichweite des Rechtsbegriffs „Klima“	63
III. Vorherrschendes Verständnis als lokales Kleinklima	64
C. Der allgemeine Bedeutungsaufstieg des globalen Klimaschutzes nach Erlass der Ausgangsrichtlinie 85/337/EWG	66
I. Die Herausbildung eines globalen Konsenswissens zum anthropogenen Klimawandel seit Ende der 1980er Jahre	66
II. Die Entwicklung des globalen Klimaschutzes als politische Aufgabe seit Ende der 1980er Jahre	70
III. Die Entwicklung des bis heute gültigen völkerrechtlichen Klimaschutzregimes seit Anfang der 1990er Jahre	74
IV. Verknüpfung der völkerrechtlichen Umweltverträglichkeitsprüfung mit dem globalen Klimaschutz	77
1. Espoo-Konvention und globaler Klimaschutz	78
2. Völkergewohnheitsrecht und globaler Klimaschutz	81
V. Zwischenergebnis	85
D. Rückwirkung des allgemeinen Bedeutungsaufstiegs des globalen Klimaschutzes auf das Begriffsverständnis in der UVP-Richtlinie: Bedeutungswandel hin zum Schutzgut Globalklima im Reformprozess hin zur Änderungsrichtlinie 97/11/EG	86
I. Die Rezeption des allgemeinen Bedeutungsaufstiegs des globalen Klimaschutzes in der Entstehung der Änderungsrichtlinie 97/11/EG ..	86
II. „Klima“ als Rechtsbegriff in der Änderungsrichtlinie 97/11/EG	88
III. Bedeutungswandel aus Sicht von Teilen der Literatur	88
IV. Fortführung der engen Auffassung in anderen Teilen der Literatur	89
V. Exkurs: Bedeutungswandel im österreichischen Recht	90
1. Gesetzesänderung des österreichischen UVP-Gesetzes im Jahr 2009: Die Einführung eines Klima- und Energiekonzepts	91
2. UVP-Leitfäden des österreichischen Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft aus dem Jahr 2010	92
3. Gerichtsentscheidungen zur Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung zum globalen Klimaschutz in den Jahren 2017 bis 2019: Die Erweiterung des Flughafens Wien um eine „dritte Piste“ ..	94
4. Auswertung	98
VI. Konsolidierung der Sichtweise der Kommission im Leitfaden von 2013	99
VII. Zwischenergebnis	101

E. Das Schutzgut im Spiegel der Rechtsprechung: Langjähriges Festhalten am engen Schutzgutverständnis durch Obergerichte und das Bundesverwaltungsgericht	102
I. Überblick über die Rechtsprechung zum engen Schutzgutverständnis auf Grundlage der UVP-Richtlinie in der noch nicht durch die Richtlinie 2014/52/EU geänderten Fassung	102
II. Rekonstruktion der Kernargumente der Rechtsprechung	112
III. Würdigung	114
F. Die textliche Klarstellung und ihre Konsequenzen in der Literatur und Rechtsprechung	117
I. Die textliche Klarstellung	117
II. Neuer Konsens in der Literatur	119
III. Die Adaption des weiten Schutzgutverständnisses in der Rechtsprechung	121
IV. Zwischenergebnis	122
G. Zusammenfassung zum zweiten Teil	122

Dritter Teil

Die Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen im UVP-Bericht 124

A. Auswertung praktischer Beispiele zur Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen in UVP-Berichten	124
I. Methodische Vorüberlegungen zur Rechtstatsachenforschung und praktische Schwierigkeiten	125
II. Darstellung der Untersuchungsergebnisse	126
III. Einordnung der Untersuchungsergebnisse	131
B. Rechtliche Anforderungen an den Vorhabenträger zur Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen im UVP-Bericht	132
I. Die Beschreibung von Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen im UVPG bzw. in der 9. BImSchV	132
1. Die Treibhausgasemissionen	133
2. Die Art der Treibhausgasemissionen. Erfassung von direkten und indirekten bzw. unmittelbaren und mittelbaren Treibhausgasemissionen.	134
3. Das Ausmaß der Treibhausgasemissionen	137
II. Grenzen der Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen im UVPG bzw. in der 9. BImSchV	139
1. Der Vorhabenbezug: Begrenzung der Ermittlungspflicht auf das konkrete Vorhaben	140
2. Begrenzung auf die „zu erwartenden“ bzw. „möglichen“ Treibhausgasemissionen	146
3. Die Zumutbarkeitsgrenze	148
4. Zur Grenze der Unerheblichkeit	153

III. Abgrenzung zu § 13 Abs. 1 S. 1 KSG und zum Emissionshandel	156
C. Die Operationalisierung der Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen im UVP-Bericht durch das Scope-Modell	159
I. Das Scope-Modell nach dem GHG-Protocol	159
1. Die Einteilung der Treibhausgasemissionen in drei Scopes	160
2. Langjährige Erfahrungen mit der Bilanzierung der Treibhausgasemissionen von Unternehmen durch das Scope-Modell und aktuelle Entwicklungen	161
3. Aktuelle Entwicklungen bei der Bilanzierung der Treibhausgasemissionen von Städten	164
II. Adaption des Scope-Modells für die Umweltverträglichkeitsprüfung: Initiative der Europäischen Kommission	166
III. Die Konkretisierung der Anforderungen zur Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen durch das Scope-Modell	172
IV. Bewertung der Operationalisierung der Anforderungen zur Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen durch das Scope-Modell	174
D. Die Ermittlung und Beschreibung von Treibhausgasemissionen im UVP-Bericht unter Anwendung des Scope-Modells am Beispiel von Verkehrsvorhaben	176

Vierter Teil

Die Einbeziehung der Treibhausgasemissionen eines Vorhabens in die Zulassungs- und Genehmigungsentscheidung durch das Berücksichtigungsgebot	180
---	-----

A. Das Berücksichtigungsgebot als Verknüpfung der Umweltverträglichkeitsprüfung mit der Vorhabenzulassung	180
B. Zur systematischen Einordnung des Berücksichtigungsgebots	184
I. Die Einordnung in Rechtsprechung und Literatur seit 1990	184
II. Würdigung	187
III. Zum Einfluss des verfassungsrechtlichen Gewichts des globalen Klimaschutzes auf das Berücksichtigungsgebot	190
C. Relevanz des Berücksichtigungsgebots in der konkreten Vorhabenzulassung unter besonderer Berücksichtigung des Schutzguts Globalklima	193
I. Das Berücksichtigungsgebot in der Planfeststellung	194
II. Das Berücksichtigungsgebot in der gebundenen Entscheidung nach dem BImSchG	196

Gesamtergebnis	200
-----------------------	-----

Literaturverzeichnis	206
Stichwortverzeichnis	234